



# HESSISCHER LANDTAG

31. 08. 2010

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**betreffend entschiedenes Engagement für Arbeitsuchende statt  
halbherziger Reform der Arbeitsvermittlung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass nach monatelangen Auseinandersetzungen nun durch eine Verfassungsänderung Arbeitsagenturen und Kommunen auch über das Jahr 2010 hinaus in den Jobcentern zusammenarbeiten können. Damit bleibt die Hilfe aus einer Hand erhalten, die das Schlüsselprinzip einer guten Grundsicherung für Arbeitsuchende ist.
2. Der Landtag kritisiert jedoch, dass die Kommunen keine wirkliche Wahlfreiheit zwischen der gemeinsamen Trägerschaft mit der Arbeitsagentur oder der alleinigen Verantwortung (Optionskommune) erhalten. Es werden lediglich die bestehenden 69 Optionskommunen abgesichert und weitere 41 zugelassen. Diese neue 110er-Grenze ist genauso willkürlich wie die ursprüngliche Einschränkung.
3. Der Landtag bedauert, dass bei der Neuorganisation der Jobcenter keine "Augenhöhe" von Arbeitsagentur und Kommune verankert wurde. Die kommunale Seite wird auf die Bereiche Kosten der Unterkunft und flankierende Sozialleistungen reduziert. Es wird in der Praxis vom Entgegenkommen der Arbeitsagentur abhängen, ob und wie die Kommunen mitgestalten können. Das reicht nicht, denn die kommunalen Kompetenzen in der Grundsicherung hätten gestärkt werden müssen. Die Chance auf eine bessere und verzahnte Integrationsarbeit wurde leichtfertig vertan.
4. Der Landtag kritisiert, dass die grundsätzlich begrüßenswerte Verankerung von Betreuungsschlüsseln, mit denen erstmals das Verhältnis von Fallmanagern zu Arbeitsuchenden gesetzlich definiert wird, aufgrund der Sparvorgaben zu Kürzungen im Eingliederungsetat führen kann.
5. Der Landtag kritisiert die Absicht der Bundesregierung, die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik im nächsten Jahr zu reduzieren und bis 2013 auf den Stand des Jahres 2008 zurückzufahren. Angesichts der steigenden Zahlen der Bedarfsgemeinschaften werden diese Kürzungen die Förderung der Arbeitsuchenden massiv erschweren.

Wiesbaden, 31. August 2010

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**